

scher Kolonialherrschaft rücksichtslos ausgebeutet, grausam unterdrückt und in wirtschaftlicher und sozialer Rückständigkeit gehalten wurden. Der Bericht über die Welternährungslage in Gegenwart und Zukunft, von den Vereinten Nationen der Welternährungskonferenz vorgelegt, stellte nicht nur fest, daß 61 von 97 Entwicklungsländern nicht einmal über genügend Nahrungsmittel verfügen, um den Mindestkalorienbedarf ihrer Bevölkerung zu decken. Er prognostizierte darüber hinaus, daß in diesen Ländern allein bei Getreide die Fehlmenge von gegenwärtig rund 15 Millionen Tonnen je Jahr bis 1985 auf 70 Millionen Tonnen ansteigen werde.

In diesen ehemals kolonialen und halbkolonialen Gebieten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens ist teilweise die Hälfte der Bevölkerung unterernährt, verhungern jährlich viele Millionen Menschen. Am härtesten betroffen sind gewöhnlich die Kinder. Mehr als die Hälfte aller Todesfälle bei Kindern in Lateinamerika ist in irgendeiner Weise der Unterernährung geschuldet. Allein im Nordwesten Brasiliens sterben

jährlich 600 000 Kinder unter fünf Jahren an Hunger und durch Unterernährung bedingten Krankheiten. In Indien sind 60 Millionen Kinder im Vorschulalter unterernährt.

Die Verantwortung für diese katastrophalen Verhältnisse trägt einzig und allein der Kapitalismus. Seine kolonialistische und neokolonialistische Expansionspolitik haben die wirtschaftliche Rückständigkeit, den Nahrungsmittelmangel, die Armut und das Elend in den jungen Nationalstaaten heraufbeschworen. Deshalb wurde in die von der Welternährungskonferenz verabschiedete „Deklaration zur Beseitigung von Hunger und Unterernährung“ gegen den massiven Widerstand der Vertreter der imperialistischen Staaten ausdrücklich die Feststellung aufgenommen, daß soziale Ungleichheit einschließlich vielfacher Fremdherrschaft ausländischer Okkupanten, rassistische Diskriminierung, Apartheid und) Neokolonialismus in allen seinen Formen weiterhin die größten Hindernisse für die volle Gleichberechtigung, den Fortschritt der Entwicklungsländer und aller vom Hunger betroffenen Völker bilden.

Das skrupellose Geschäft mit dem Hunger

Die imperialistischen Großmächte und internationalen Monopole lassen nichts unversucht, um aus dem Nahrungsmittelmangel in den Entwicklungsländern politisch und wirtschaftlich Kapital zu schlagen sowie die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrisen weitgehend auf diese Länder abzuwälzen. Auf der Welternährungskonferenz wurde von den Sprechern verschiedener Entwicklungsländer sehr eindringlich auf die verhängnisvollen Auswirkungen verwiesen, die sich

zum Beispiel aus Inflation und Währungskrisen, aus der Erdöl- und Energiekrise, aus den rapiden Teuerungen bei Düngemitteln und Frachten für ihre Länder ergeben. Sie haben zur Folge, daß die großen Anstrengungen der Entwicklungsländer, ihre Ernährungssituation Schritt für Schritt zu verbessern, vielfach nicht die notwendigen und erhofften Ergebnisse zeitigen.

In welcher skrupellosen Weise das internationale Monopolkapital mit dem Hunger in den

Entwicklungsländern Geschäfte macht, zeigten besonders die letzten Jahre, als weltweite witterungsbedingte Ernteausfälle und damit im Zusammenhang stehende spekulative Machenschaften der kapitalistischen Nahrungsmittelexporteure zu erheblichen Verknappungen auf den internationalen Nahrungsmittelmärkten führten. Unter rücksichtsloser Ausnutzung der Notlage vieler Entwicklungsländer wurden die Nahrungsmittelpreise auf schwindelerregende Höhen getrieben. Im November 1974 lagen sie im Durchschnitt um rund 250 Prozent über dem Stand von 1970. Für eine Tonne amerikanischen Hartweizens wurde sogar das Vierfache des Preises von 1972 gefordert.

Infolge dieser Preistreibereien, deren Hauptnutznießer die USA sind, entstanden für die Entwicklungsländer bis zum Jahresende 1974 allein bei Getreide zusätzliche Devisenausgaben in Höhe von rund sieben Milliarden Dollar. Da gleichzeitig die internationalen Chemiekonzerne die Preise für Düngemittel ebenfalls um ein Mehrfaches erhöhten, hätten die Entwicklungsländer 1974 zusätzlich weitere zwei Milliarden Dollar aufbringen müssen, um ihre Düngemittelimporte auf dem Niveau von 1970 zu halten. Das sind, gemessen an den ohnehin sehr begrenzten Devisenressourcen dieser Länder, gewaltige Summen, die — sofern sie überhaupt aufgebracht werden können — dem Aufbau ihrer nationalen Wirtschaften entzogen werden und somit auch nicht für die dringend erforderlichen Maßnahmen zur Steigerung der einheimischen Agrarproduktion zur Verfügung stehen.

Wie verhängnisvoll sich solche Machenschaften auswirken, wird am Beispiel der Folgen